



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**HUBERT GORBACH**  
**VIZEKANZLER**  
**Bundesminister**  
**für Verkehr, Innovation und Technologie**

GZ. 11000/14-CS3/04 DVR 0000175

XXII. GP.-NR  
1554 /AB

2004 -05- 07

An den  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Dr. Andreas Khol

*Zu 1595 J*

Parlament  
 1017 Wien

Wien, 4. Mai 2004

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1595/J-NR/2004 betreffend die immer größer werdende Zahl von sogenannten "Mautflüchtlingen" in den Bezirken Ried, Schärding und Grieskirchen durch die Einführung der Lkw-Maut, die die Abgeordneten Freund, Kolleginnen und Kollegen am 25. März 2004 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

**Fragen 1 und 2:**

Hat die Einführung der LKW-Maut Ihres Wissens Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen auf der Innkreisautobahn - der A 8?

Wenn ja, welche?

**Antwort:**

Bedingt durch die Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut, aber auch durch bewusstes Ausweichen vor mittlerweile neu in Betrieb genommenen LKW-Kontrollplätzen auf Autobahnen, gibt es leider fallweise einen routenspezifischen, punktuellen Ausweichverkehr auf das untergeordnete Bundesstraßennetz. Die ASFINAG untersucht derzeit im Auftrag des bmvit auf dem gesamten mautpflichtigen Netz die Größenordnung dieses Ausweichverkehrs, um anhand der Studienergebnisse - die voraussichtlich bis Sommer 2004 vorliegen werden - die Grundlagen für allfällige Gegenmaßnahmen erarbeiten zu können.

Dieser längere Untersuchungszeitraum ist notwendig, um stichhaltige Ergebnisse zu erhalten. Erfahrungsgemäß kommt es bedingt durch Zeitverlust, Mehrverbrauch an Treibstoff, etc. nach einer gewissen Zeit wieder zu Rückverlagerungen auf das mautpflichtige Netz. Dies war auch schon bei Einführung der Vignettenpflicht der Fall.

Auch für die Situation auf der A 8 Innkreis Autobahn wird die Verkehrsentwicklung genau analysiert.

**Frage 3:**

Wie hoch ist der Anteil an Ziel- und Quellverkehr bzw. Transit auf der Innkreisautobahn?

GZ. 11000/14-CS3/04

**Antwort:**

Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Ziel- und Quellverkehr bzw. Transitverkehr auf der A 8 liegen derzeit keine aktuellen Daten vor.

**Fragen 4 und 5:**

Gibt es Studien über die erwartete Entwicklung des LKW-Verkehrsaufkommens auf der Innkreisautobahn?

Wenn ja, wie schauen die Ergebnisse aus?

**Antwort:**

Diesbezügliche Studien liegen im bmvit nicht auf. Es ist jedoch auf der A 8 Innkreis Autobahn seit den letzten Jahren ein überproportionaler Anstieg des Güterverkehrsaufkommens gegenüber der österreichweit durchschnittlichen Entwicklung zu beobachten. Voraussichtlich wird sich dieser Trend - bedingt einerseits durch den absehbaren Lückenschluss auf der A 9 Pyhrn Autobahn sowie andererseits durch den Beitritt der östlichen Nachbarstaaten zur EU ab 1. Mai - verstetigen.

**Fragen 6 und 7:**

Liegen bereits Studien vor, die belegen, dass LKW-Frächter seit Einführung der Maut auf untergeordnete Straßen ausweichen?

Wenn ja, was ergeben diese Studien in Bezug auf die Innkreisautobahn?

**Antwort:**

Wie in der Beantwortung zu den Fragen 1 und 2 erwähnt, ist eine Studie in Bearbeitung, aus der die ersten Ergebnisse auch für die A 8 im Sommer 2004 zu erwarten sind.

**Frage 8:**

Werden Sie veranlassen, dass es gerade auf jenen Strecken, wo LKW-Fahrverbot besteht, zu verstärkten Kontrollen kommt, oder sind andere Maßnahmen von Seiten der Regierung geplant, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken?

**Antwort:**

Es darf darauf hingewiesen werden, dass die Kompetenz für allfällige Maßnahmen (z.B. Fahr- und Gewichtsbeschränkungen gemäß StVO auf dem Begleitnetz, verstärkte Verkehrskontrollen etc.) beim jeweiligen Bundesland liegt. Das mit der Einführung der fahrleistungsabhängigen Maut einhergehende Ausweichen des Schwerverkehrs auf Landesstraßen ist den beteiligten Organisationen (Exekutive, Landes- und Bundesprüfstellen, ASFINAG) aus ersten Erfahrungen bekannt und es wurden im Rahmen einer Koordinationsplattform bereits Maßnahmen gesetzt (z.B. zusätzliche Kontrollen auf den parallel führenden Landesstraßen). Die Koordinationsplattform - die weitere Entscheidungen vorbereiten wird - ist von Vertretern des Bundes und der Länder besetzt.

Mit freundlichen Grüßen

